

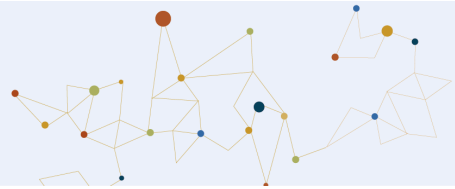
## **Gemeinschaftsinitiativen fordern einen stärkeren EU-Green Deal, der durch kollektives Handeln vorangetrieben wird**

DIESE PRESSEMITTEILUNG IST AUCH AUF [ENGLISCH](#), [SPANISCH](#), [PORTUGIESISCH](#) UND [FRANZÖSISCH](#) VERFÜGBAR.

**Ein neues Manifest, das von Organisationen der Zivilgesellschaft veröffentlicht wurde, fordert das Recht aller EU-Bürger, sich für ein nachhaltiges Leben entscheiden zu können, und appelliert an die politischen Entscheidungsträger, rasch einen ehrgeizigen europäischen "Green Deal" lokal umzusetzen.**

**Brüssel, 8. November 2023:** ECOLISE, das europäische Netzwerk von Gemeinschaftsinitiativen für Klimawandel und Nachhaltigkeit, fordert die politischen Entscheidungsträger in der EU auf, die rasche Lokalisierung eines starken und ehrgeizigen europäischen "Green Deal" zu unterstützen und dabei die Kraft von Graswurzel-initiativen zu nutzen. Gleichzeitig fordert ECOLISE die politischen Entscheidungsträger auf, dafür zu sorgen, dass Bürger die Wahl haben, nachhaltig zu leben, was ein Menschenrecht ist. Dies sind zwei der sieben zentralen politischen Forderungen des [ECOLISE-Manifests "Zeit für kollektives Handeln"](#), das am 7. November veröffentlicht wurde.

Rund 500 europäische Politiker, gemeinschaftsgetragene Initiativen, Wissenschaftler und zivilgesellschaftliche Organisationen nahmen an der jährlichen Veranstaltung "Making the European Green Deal Strong and Real: Harnessing the power of community-led initiatives and local governments" von ECOLISE teil, die gemeinsam mit ICLEI Europe und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisiert wurde, der auch Gastgeber der Veranstaltung war.



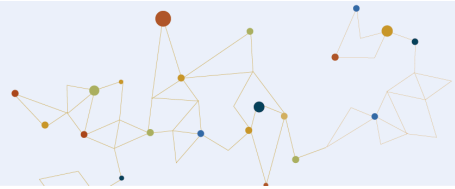
Ein halbes Jahr vor den nächsten Wahlen für das Europäische Parlament haben ECOLISE und Partner nachdrücklich dazu aufgerufen, den "Green Deal" in lokales Handeln umzusetzen, und zwar durch politische Maßnahmen, die dazu beitragen, die Ziele des Green Deal zu erhöhen und gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger ermächtigen, sich gemeinsam für Nachhaltigkeit einzusetzen. ECOLISE kündigte den Start einer europaweiten Lobbying-Kampagne im Jahr 2024 an, die bis zu den Europawahlen laufen soll.

"Gemeinden brauchen starke Umweltgesetze, um zu gedeihen. Ich war ziemlich schockiert, als ich erfuhr, dass es keinen übergreifenden Plan zur Lokalisierung des europäischen Grünen Deal gibt", sagte **Nina Klein**, ECOLISE Policy Lead, auf der Veranstaltung in Brüssel. Diese Lücke, so erklärte sie, war der Auslöser für einen einjährigen Konsultationsprozess, der zu den **"10 Thesen über transformative gemeinschaftsgetragene lokale Entwicklungspolitik"** geführt hat. Mehr als 400 Personen aus 130 Organisationen, darunter etwa 40 Prozesspartner, haben sich an diesen tiefgreifenden Gesprächen beteiligt. Das **Manifest "Zeit für kollektives Handeln"** ist ein Ergebnis dieses Prozesses.

Das große Potenzial von Gemeinden und Bürgern für die Verwirklichung des Europäischen Grünen Deal bleibt weitgehend ungenutzt, wie ein kürzlich erschienener IPCC-Bericht unterstreicht. "Wenn die richtigen politischen Maßnahmen, Infrastrukturen und Technologien vorhanden sind, die eine Änderung der Lebens- und Verhaltensweisen ermöglichen, können die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 40-70 % gesenkt werden", sagte **Felix Creutzig** (koordinierender Hauptautor des 6. IPCC Sachstandsberichts, Kapitel 5)

**Sophia Silverton** von ICLEI Europe bemerkte: "Die lokale Ebene ist ein Brennpunkt, an dem sich die breite Nachhaltigkeitspolitik mit dem Leben der Menschen überschneidet". Sie unterstrich das Potenzial der Zivilgesellschaft und der Kommunalpolitik, zusammenzuarbeiten und einen sozial fundierten Wandel zu bewirken, der auf alltägliche Probleme eingeht.

Die Diskussion baute die "Beyond Growth"-Konferenz vom Mai auf. Ihr Initiator, **Philippe Lamberts**, Mitglied des Europäischen Parlaments und Ko-Vorsitzender der Grünen/Freie Europäische Allianz, unterstrich die politische Relevanz, den Menschen die Wahl zu geben, nachhaltig zu leben, und erläuterte die Notwendigkeit von Top-down- und Bottom-up-Initiativen, um den Europäischen Grünen Deal voranzutreiben. Als Kommentar zum ECOLISE-Manifest, das sich für eine veränderte



Wirtschaft einsetzt, die sich auf die Fürsorge von Mensch und Planeten fokussiert sagte Lambert: "Das derzeitige Wirtschaftsmodell, das auf Wachstum basiert, wird als etwas angesehen, zu dem es keine Alternative gibt. Und das ist gefährlich".

Laden Sie das [Manifest "Zeit für kollektives Handeln"](#) herunter

Weitere Informationen über die ECOLISE-Kampagne finden Sie auf der [Website Communities for Future \(Gemeinschaften für die Zukunft\)](#).

Fotos von der Veranstaltung am 7. November 2023 [stehen hier](#) zur Veröffentlichung [bereit](#). Bitte geben Sie den Urheber wie folgt an: "ECOLISE/Alejandro Puzzo"

Das Veranstaltungsprogramm und die Biografien der Redner finden Sie [hier](#).

## Kontakt für Medien und Interviewanfragen:

María Sánchez, Kommunikationsbeauftragte von ECOLISE  
[maria.sanchez@ecolise.eu](mailto:maria.sanchez@ecolise.eu)  
 Telefon: +34674809579

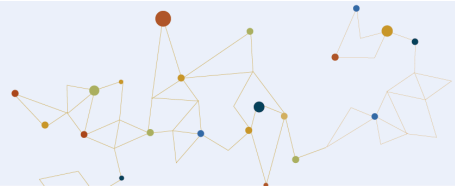
Nina Klein, Leiterin für Politik in ECOLISE [nina.klein@ecolise.eu](mailto:nina.klein@ecolise.eu)

Amelie Krug, Politikbeauftragte in ECOLISE und Koordinatorin des wissenschaftspolitischen Ausschusses des 10-Thesen-Prozesses  
[amelie.krug@ecolise.eu](mailto:amelie.krug@ecolise.eu)

## WEITERE INFORMATIONEN UND ZITATE VON REFERENTEN

Der Grüne Deal muss noch ehrgeiziger werden und Alternativen zum Wirtschaftswachstum in Form von unterschiedlichen, lokalen Gemeinwohl-Ökonomien bieten, wie **Amelie Krug** von ECOLISE betonte. Initiativen wie der von Cultivate mitbegründete Irische "Wellbeing Economy Hub" zeigen bereits praktische Lösungen auf, die auf ihre Umsetzung warten, wie **Oscar Mooney** erklärte.

Die bevorstehenden Europawahlen werden über Erfolg oder Misserfolg des Europäischen Grünen Deals entscheiden, und die Unterstützung durch die Gemeinschaften ist entscheidend. **Erika Zárate** von Resilience Earth gab Einblicke

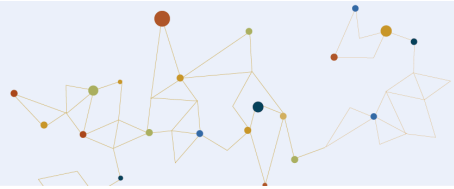


in die Region Garrotxa in Spanien und wies darauf hin, dass die Einbeziehung der Bürger/innen und partizipative Demokratie politische Spaltungen überwinden und eine starke gemeinsame Visionen für die territoriale Entwicklung schaffen können. Diese Erfahrung teilte auch **Marie Hélène Pillot**, Mitglied der gemeinschaftsgeführten Initiative Colibri (Frankreich) und Koordinatorin der "Gebiete für Experimentation", die lokale Akteure in deliberativen Prozessen zusammenbringt.

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Bürger/innen und Kommunalpolitik ein Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik, wie dem Europäischen Grünen Deal, und der Lokalisierung haben, sodass sie an die Besonderheiten jedes Ortes angepasst werden können - eine Forderung des ECOLISE-Manifests, die von allen Diskussionsteilnehmern geteilt wurde, darunter **Tom Meeuws**, stellvertretender Bürgermeister von Antwerpen (Belgien) und **Sabrina Dekker** vom Campaigners Lighthouse City Council von Dublin, Irland - beide Städte nehmen an der Mission "100 klimaneutrale Städte" der EU teil.

**Anastasiya Volkova** erzählte von ihren Erfahrungen als Koordinatorin des "Green Road Project" des ukrainischen Ökodorf Netzwerkes, das nur wenige Tage, nachdem Russland den Krieg gegen die Ukraine begonnen hatte, mit der Aufnahme von Flüchtlingen begann. Über 300 Flüchtlinge haben beschlossen, in den Ökodörfern zu bleiben, zumindest bis der Krieg vorbei ist. Sie betonte, wie wichtig das starke internationale Netzwerk für den Erfolg des Projekts war: "Wir hatten Freunde in vielen Ländern und sie haben uns geholfen, weil sie uns kannten und uns vertrauten. **Christian Jonet** vom "Liège Food Belt" (Belgien), einer vom Transition Network inspirierten Initiative, stimmte zu, dass starke Beziehungen der fruchtbare Boden für soziale Innovation und Zusammenhalt sind.

**Francisco Guerreiro**, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Grünen/Freie Europäische Allianz, betonte die Notwendigkeit, diese kollektiven Initiativen auf EU-Ebene zu übernehmen. "Die Gemeinschaften zeigen, dass ein Wandel möglich ist. Ich würde sagen, dass viele Abgeordnete im EU-Parlament diese Realität nicht kennen - aber das sollten sie". **Ilonka Marselis**, Energieexpertin und Mitglied des Redaktionsbeirats des ECOLISE-Manifests, betonte, dass gemeinschaftsgeführte Initiativen deshalb mehr Unterstützung für Lobbyarbeit und Advocacy benötigen, insbesondere auf EU-Ebene, da die Stimme der Zivilgesellschaft angesichts der enormen Lobbykraft der fossilen Brennstoffindustrien derzeit kein gleichberechtigtes Gehör findet.



**Tom Meeuws**, stellvertretender Bürgermeister von Antwerpen (Belgien), sagte: "Wir müssen mit der Schwarzmalerei in der Klimadebatte aufhören. Wenn wir keine Brücke zwischen der Kommunlapolitik und den politischen Ebenen der EU, wie der Europäischen Kommission, bauen, werden wir nicht in der Lage sein, einen gerechten Wandel zu gestalten". Direkte, zweckbestimmte EU-Finanzierung auf lokaler Ebene und für kollektives Handeln zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals sind ebenfalls ein wichtiger Bestandteil des ECOLISE-Manifests.

Die junge Klimaaktivistin **Maria Serra Olivella** betonte, dass ihre Generation wahrscheinlich der beste Beweis dafür sei, dass materieller Konsum nicht zum Glück führe, und verwies auf die Krise der psychischen Gesundheit, insbesondere bei jungen Menschen. Olivella rief dazu auf, dass positive, handlungsorientierte Narrative die öffentliche Debatte dominieren sollten. "Wir brauchen Hoffnung. Man kann den Menschen nicht sagen, dass der Planet in Flammen steht, es aber keinen Ausweg gibt", sagte sie.